

21.10.2011 - 19:18 Uhr

## Union und FDP planen kleine Lösung bei der Organspende

Essen (ots) -

Die Verhandlungen der Koalition und der SPD zur Organspende-Reform sind gescheitert. Ausschlaggebend waren nach Informationen der WAZ-Mediengruppe unterschiedliche Auffassungen, ob auf die Bürger Druck zu einer Entscheidung für oder gegen Organspende ausgeübt werden soll. Nun wollen Union und FDP das Transplantationsgesetz ändern. So sollen die Krankenkassen über die Spende informieren und zur Entscheidung animieren. Wenn der Bürger die elektronische Gesundheitskarte bekommt, kann er darauf seinen Entschluss eintragen. Aber ohne Druck und Register. "Wir wollen kein zentrales Sammelager bei den Kassen für ethische Entscheidungen", sagte Gesundheits-Staatssekretärin Ulrike Flach (FDP) der WAZ-Mediengruppe. Sie kündigte an, dass das Thema Organspende in den Unterricht des Erste-Hilfe-Kurses für Führerscheinneulinge eingebaut werden soll. SPD-Gesundheitsexpertin Carola Reimann hält von den Plänen der Koalition nichts: "So bleiben wir beim Status Quo", sagte Reimann der WAZ-Mediengruppe. Jährlich warten 12000 Menschen auf ein Organ. Jeder Dritte stirbt. Um den Spendermangel zu beheben, hatten vor allem die Fraktionschefs von Union und SPD, Volker Kauder (CDU) und Frank-Walter Steinmeier, für eine Entscheidungslösung geworben. Hier hätte der Bürger mindestens einmal gefragt werden sollen, ob er Spender sein möchte oder nicht. Strittig war die Frage, was passiert, wenn man nicht entscheiden möchte.

Kontakt:

Westdeutsche Allgemeine Zeitung  
Zentralredaktion  
Telefon: 0201 / 804-6528  
zentralredaktion@waz.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100013710/100706343> abgerufen werden.